

# Inhaltsübersicht

Vorwort.....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	XI
Abkürzungsverzeichnis.....	XXV

Einführung .....	1
A. Die Problematik der Rechtskrafterstreckung auf Dritte .....	1
B. Stand von Forschung und Gesetzgebung und Gang der Untersuchung .....	5
C. Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes.....	9

Teil 1: Die Defizite der gesetzlichen Regelungen und ihrer Interpretation .....	11
--	----

<i>Kapitel 1: Die Einzelrechtsnachfolge gemäß § 325 Abs. 1 Var. 2 ZPO .....</i>	<i>13</i>
A. Rechtskrafterstreckung auf den Rechtsnachfolger im Grundsatz richtig .....	13
B. Der Irrtum der herrschenden Meinung über Voraussetzungen und Funktionsweise des § 325 Abs. 1 Var. 2 ZPO .....	17
C. Keine Wirksamkeit der Rechtsnachfolge erforderlich .....	45
D. Der Irrtum der herrschenden Meinung über die objektiven Grenzen der Rechtskraft .....	51
E. Rechtskraftwirkung auch zwischen Rechtsvorgänger und Rechtsnachfolger .....	80
F. Zusammenfassung Kapitel 1 .....	93

<i>Kapitel 2: § 325 Abs. 2 ZPO: Eine überflüssige Norm .....</i>	<i>97</i>
A. Einführung .....	97
B. Die Unrichtigkeit der weiten Auffassung .....	98
C. Die fehlende Überzeugungskraft der herrschenden Meinung .....	108
D. Die Unrichtigkeit der vermittelnden Auffassung .....	132
E. Zutreffender Maßstab und rechtspolitische Konsequenzen.....	137
F. Zusammenfassung Kapitel 2 .....	141

<i>Kapitel 3: Der Einfluss der Veräußerung der streitbefangenen Sache auf den Prozess</i> .....	143
A. Einführung .....	143
B. Die Untauglichkeit der sog. „Relevanztheorie“ .....	145
C. Die zutreffende Lösung: Anwendung der Irrelevanztheorie .....	178
D. Irrelevanztheorie auch bei Abschluss eines Prozessvergleichs durch den Veräußerer zwingend .....	186
E. Irrelevanztheorie auch bei verdeckter Veräußerung der streitbefangenen Sache überlegen .....	193
F. Die Konzeption von <i>Stamm</i> .....	206
G. Zusammenfassung Kapitel 3 .....	213
<i>Kapitel 4: Die Streitverkündung</i> .....	215
A. Einführung .....	215
B. Asymmetrische Interventionswirkung zulasten des Streitverkündungsempfängers sachwidrig .....	219
C. Unangemessene Benachteiligung des Streitverkündungsempfängers in Bezug auf Rechtsmittel und Rechtsmittelfristen .....	229
D. Die sachwidrige Benachteiligung des Streitverkündungsempfängers in Bezug auf die Prozesskosten .....	232
E. Die rechtspolitische Alternative zur Streitverkündung .....	236
F. Interventionswirkung auch zwischen Streitverkündungsempfänger und Prozessgegner geboten .....	239
G. Der zutreffende objektive Umfang der Interventionswirkung .....	246
H. Zusammenfassung Kapitel 4 .....	251
 Teil 2: Die grundsätzliche Neubestimmung der subjektiven Rechtskraftgrenzen: Einseitige Rechtskraftwirkung zugunsten Dritter .....	255
<i>Kapitel 5: Drittwirkung der Rechtskraft außerhalb der gesetzlich geregelten Fälle</i> .....	257
A. Einführung .....	257
B. Die Irrelevanz des Wesens der Rechtskraft .....	258
C. Meinungsstand und Lehren zur Drittbindung .....	269
D. Der zutreffende Ansatz: Einseitige Rechtskraftwirkung zugunsten Dritter .....	278
E. Rechtskraftwirkung zugunsten des Dritten bei der Bürgschaft .....	288
F. Rechtskraftwirkung zugunsten Dritter bei sonstigen akzessorischen und nichtakzessorischen Sicherheiten .....	301
G. Rechtskraftwirkung zugunsten Dritter bei Urteilen über das Bestehen des Hauptmietvertrages .....	305

H. Rechtskraftwirkung zugunsten Dritter bei Urteilen über absolute Rechte .....	314
I. Zusammenfassung Kapitel 5 .....	323

*Kapitel 6: Drittwirkung der Rechtskraft und kollektiver Rechtsschutz* .... 325

A. Einführung .....	325
B. Frühes Opt-In mit Nachteilen verbunden .....	329
C. Spätes Opt-In der Verbraucher möglich und vorzugswürdig .....	338
D. Einseitige Bindungswirkung zugunsten des Verbrauchers in späteren Einzelklageverfahren möglich .....	343
E. Einseitig begünstigende Wirkung auch bei Urteilen im Einzelklageverfahren? .....	346
F. Zusammenfassung Kapitel 6 .....	349

Zusammenfassung in Thesen .....

A. Einzelrechtsnachfolge nach § 325 Abs. 1 Var. 2 ZPO .....	353
B. Gutgläubiger Erwerb (§ 325 Abs. 2 ZPO) .....	354
C. Veräußerung der streitbefangenen Sache (§§ 265, 325 ZPO) .....	355
D. Streitverkündung .....	356
E. Drittwirkung der Rechtskraft .....	358
F. Kollektiver Rechtsschutz .....	359

Literaturverzeichnis .....

Sachregister .....	417
--------------------	-----

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Inhaltsübersicht .....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXV

Einführung .....	1
A. Die Problematik der Rechtskrafterstreckung auf Dritte .....	1
B. Stand von Forschung und Gesetzgebung und Gang der Untersuchung .....	5
I. Teil 1: Die Defizite der gesetzlichen Regelungen und ihrer Interpretation .....	5
II. Teil 2: Die grundsätzliche Neubestimmung der subjektiven Rechtskraftgrenzen: Einseitige Rechtskraftwirkung zugunsten Dritter .....	8
C. Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes .....	9

Teil 1: Die Defizite der gesetzlichen Regelungen und ihrer Interpretation .....	11
--	----

<i>Kapitel 1: Die Einzelrechtsnachfolge gemäß § 325 Abs. 1 Var. 2 ZPO</i> .....	13
A. Rechtskrafterstreckung auf den Rechtsnachfolger im Grundsatz richtig .....	13
I. Die Wirkung zugunsten des Rechtsnachfolgers .....	13
II. Die Wirkung gegen den Rechtsnachfolger .....	15
B. Der Irrtum der herrschenden Meinung über Voraussetzungen und Funktionsweise des § 325 Abs. 1 Var. 2 ZPO .....	17
I. Die herrschende Meinung zum Begriff der Einzelrechtsnachfolge .....	17
II. Die Schwächen der Formel von der Streitbefangenheit .....	20
III. Die zutreffende Formel zur Bestimmung der Einzelrechtsnachfolge .....	26
1. Konstellationen ohne praktischen Unterschied zur Konzeption der herrschenden Meinung .....	27

2.	Konstellationen, in denen nur die hier vertretene Auffassung zum richtigen Ergebnis führt .....	28
a)	Die Anwendung der richtigen Formel in <i>Fall 1</i> .....	28
b)	Abtretung von Ansprüchen aus ungerechtfertigter Bereicherung .....	28
c)	Abtretung von Zinsansprüchen .....	31
IV.	Das Verhältnis zum Begriff der streitbefangenen Sache in § 265 ZPO .....	32
V.	Umfang und Funktionsweise der Rechtskraftwirkung gegenüber dem Rechtsnachfolger .....	33
1.	„Einrücken“ des Rechtsnachfolgers in die prozessuale Stellung des Rechtsvorgängers? .....	33
2.	Die Unrichtigkeit des Verständnisses der herrschenden Meinung .....	35
a)	Gleichwertigkeit beim Erwerb der streitbefangenen Sache .....	35
b)	Vorzugswürdigkeit der hier vertretenen Auffassungen in den übrigen Konstellationen .....	36
c)	Weitere Begründungsschwierigkeiten seitens der herrschenden Meinung .....	37
VI.	Insbesondere: Die Bindungswirkung einer Entscheidung über die Wirksamkeit eines Erbvertrags .....	40
1.	Entscheidung des BGH sachlich unrichtig .....	41
a)	Unterscheidung zwischen Erbe und Vermächtnis widersprüchlich .....	41
b)	Vorliegen einer Einzelrechtsnachfolge bereits zu Lebzeiten .....	42
2.	Reibungslose Subsumtion unter § 325 Abs. 1 Var. 2 ZPO nur mit der hier vertretenen Auffassung möglich .....	43
VII.	Ergebnis .....	44
C.	Keine Wirksamkeit der Rechtsnachfolge erforderlich .....	45
I.	Wirksamkeit der Rechtsnachfolge keine Voraussetzung für die Rechtskrafterstreckung .....	45
1.	Gefahr der Aushöhlung des § 325 Abs. 1 Var. 2 ZPO für die siegreiche Partei .....	46
2.	Gefahr der asymmetrischen Bindungswirkung des Rechtsnachfolgers .....	46
3.	Zwischenergebnis .....	47
II.	Die missverständliche Äußerung des BGH .....	48
III.	Ergebnis .....	50
D.	Der Irrtum der herrschenden Meinung über die objektiven Grenzen der Rechtskraft .....	51
I.	Sachwidrige Ergebnisse im Falle eines klagestattgebenden Urteils .....	55
1.	Fehlende rechtskräftige Eigentumsfeststellung nach der Konzeption der h. M. ....	57

2. Folge: Untergang des rechtskräftig festgestellten Herausgabeanspruchs und Aushebelung der materiellen Rechtskraft .....	57
3. Ersatzansprüche des siegreichen Klägers? .....	60
4. Zwischenergebnis .....	62
II. Unbillige Ergebnisse im Falle der Klageabweisung .....	62
III. Ergebnisse im Hinblick auf den Zweck des § 325 Abs. 1 ZPO Var. 2 sachwidrig .....	64
IV. Die sachgerechte Lösung: Rechtskrafterstreckung auf das dingliche Stammrecht .....	65
1. Das Eigentum ist überhaupt keine Vorfrage .....	66
a) Trennung von Eigentum und Herausgabeanspruch materiellrechtlich unmöglich .....	66
b) Vergleich mit der Situation bei Vorliegen einer schuldrechtlichen Forderung .....	70
c) Unangemessene Ergebnisse im Dreipersonenverhältnis direkte Folge der materiellrechtlich unmöglichen Trennung .....	72
2. Vermeidung sachwidriger Ergebnisse im Zweipersonenverhältnis .....	72
a) Beschädigung oder Zerstörung der Sache durch die unterlegene Partei .....	72
b) Eigentumsfeststellungsklage der unterlegenen Partei .....	73
aa) Die Berufung auf das Vorliegen des kontradiktorischen Gegenteils .....	74
bb) Die Berufung auf die „Unvereinbarkeit“ .....	75
3. Argumente gegen die Rechtskrafterstreckung auf Vorfragen nicht auf dingliche Rechte übertragbar .....	76
4. Dargestellte Ergebnisse von der herrschenden Meinung nicht beabsichtigt .....	78
V. Ergebnis .....	80
E. Rechtskraftwirkung auch zwischen Rechtsvorgänger und Rechtsnachfolger .....	80
I. Verneinung jeglicher Rechtskraftwirkung zwischen Rechtsvorgänger und Rechtsnachfolger unzweckmäßig .....	81
1. Unangemessene Ergebnisse bei Klageabweisung .....	82
2. Unangemessene Ergebnisse im Fall einer erfolgreichen Klage .....	85
II. Rechtskrafterstreckung im Umfang von §§ 322 Abs. 1, 325 Abs. 1 ZPO sachwidrig .....	86
III. Die zutreffende Lösung: Beschränkte Drittwirkung der Rechtskraft .....	88
IV. Das Fehlen stichhaltiger Gegenargumente gegen die hier vertretene Auffassung .....	89
1. Der Hinweis auf den Wortlaut des § 325 Abs. 1 ZPO .....	89

2. Keine Regelung des Verhältnisses zwischen Rechtsvorgänger und Rechtsnachfolger durch das Urteil . . . .	90
3. Die Argumentation von <i>Hellwig</i> . . . . .	90
4. Widersprüchliche Entscheidungen hinzunehmen? . . . . .	92
V. Ergebnis . . . . .	93
F. Zusammenfassung Kapitel 1 . . . . .	93
<i>Kapitel 2: § 325 Abs. 2 ZPO: Eine überflüssige Norm</i> . . . . .	97
A. Einführung . . . . .	97
B. Die Unrichtigkeit der weiten Auffassung . . . . .	98
I. Die Funktionsweise der weiten Auffassung . . . . .	98
II. Die Sachwidrigkeit der weiten Auffassung . . . . .	100
1. „Anwendung des § 325 Abs. 2 ZPO auf den Erwerb vom Berechtigten“ kein überzeugender Gesichtspunkt . . . . .	100
2. Anwendung nur auf bestimmte Fälle des gutgläubigen Erwerbs inkonsequent . . . . .	101
3. Weitreichende Möglichkeit der Rechtskraftfreistellung sachlich verfehlt . . . . .	102
a) Gutgläubiger Wegerwerb der Rechtskraft systemwidrig und schon im Ausgangspunkt unangemessen . . . . .	102
b) Gutgläubiger Wegerwerb der Rechtskraft aus prozessökonomischer Sicht unangemessen . . . . .	105
c) Rechtskraftfreistellung auch bei fehlender Schutzbedürftigkeit des Erwerbers . . . . .	106
III. Zwischenergebnis . . . . .	107
C. Die fehlende Überzeugungskraft der herrschenden Meinung . . . . .	108
I. Die Funktionsweise des § 325 Abs. 2 ZPO nach herrschender Meinung . . . . .	108
II. Gutgläubigkeit nach materiellem Recht richtiger Ansatz . . . . .	111
III. Erfordernis der Gutgläubigkeit in Bezug auf die Rechtshängigkeit sachwidrig . . . . .	113
1. Einschränkung des gutgläubigen Erwerbes bereits im Ausgangspunkt nicht gerechtfertigt . . . . .	115
2. Bösgläubigkeit „hinsichtlich der Rechtshängigkeit“ kein geeignetes Kriterium . . . . .	116
3. Unangemessene Beeinträchtigung der Verkehrsfähigkeit . . . .	117
4. Rechtsgedanke aus § 818 Abs. 4 BGB nicht übertragbar . . . .	123
5. Sonderbehandlung auch nicht als „Ausgleich“ für die ungebundene Prüfung der Gutgläubigkeit geboten . . .	124
a) Der Maßstab für die Prüfung der Gutgläubigkeit durch das Zweitgericht . . . . .	124
aa) Erste Auffassung: Freie Würdigung der die Gutgläubigkeit betreffenden Umstände durch das Zweitgericht . . . . .	125

bb) Zweite Auffassung: Bindung des Zweitgerichts an die Würdigung des Erstgerichts .....	125
cc) Dritte Auffassung: § 325 Abs. 2 ZPO beim „Erwerb vom Berechtigten“ nicht anwendbar .....	126
dd) Stellungnahme .....	126
(1) Zweite Auffassung nicht sachgerecht .....	126
(2) Dritte Auffassung nicht sachgerecht .....	127
b) Ausgleich für den Gutgläubigkeitsmaßstab gleichwohl nicht geboten .....	128
aa) Irrelevanz der Problematik bei der Veräußerung nach Rechtskraft .....	128
bb) Sachgerechte Ergebnisse im Fall der Veräußerung vor Eintritt der Rechtskraft .....	131
IV. Zwischenergebnis .....	132
D. Die Unrichtigkeit der vermittelnden Auffassung .....	132
I. Vermittelnde Auffassung begeht denselben Fehler wie die weite Auffassung .....	132
II. Vom materiellen Recht losgelöster gutgläubiger Erwerb sachwidrig .....	133
III. Vermittelnde Auffassung in sich widersprüchlich .....	135
E. Zutreffender Maßstab und rechtspolitische Konsequenzen .....	137
I. Zutreffender Maßstab .....	137
II. Diskussion über die Anwendung auf den „Erwerb vom Berechtigten“ überflüssig .....	137
III. Rechtspolitische Konsequenzen .....	138
1. § 325 Abs. 2 ZPO .....	138
2. § 325 Abs. 3 und 4 ZPO .....	139
F. Zusammenfassung Kapitel 2 .....	141

<i>Kapitel 3: Der Einfluss der Veräußerung der streitbefangenen Sache auf den Prozess .....</i>	<i>143</i>
A. Einführung .....	143
B. Die Untauglichkeit der sog. „Relevanztheorie“ .....	145
I. Inkompatibilität mit den Mechanismen von § 325 Abs. 1 und § 727 Abs. 1 ZPO .....	151
1. Inkompatibilität mit § 325 Abs. 1 Var. 2 ZPO .....	151
a) Die Konzeption des § 325 Abs. 1 Var. 2 ZPO .....	151
b) Ungereimtheiten bei Anwendung der Relevanztheorie ...	152
2. Inkompatibilität mit der Konzeption des § 727 Abs. 1 ZPO ..	153
II. Asymmetrische Bindungswirkung zum Nachteil des Dritten ...	154
III. Keine effektive Vollstreckung für den Rechtsnachfolger möglich	159
IV. Fehlender Schutz des Beklagten vor erneuter Klage des Erwerbers .....	160
1. Problemstellung .....	160



2. Lösungsvorschläge nicht überzeugend .....	163
a) Keine Kompensation durch Recht des Beklagten auf die Abweisung aus einem ganz bestimmten Grund ....	163
b) Kein Recht des Beklagten auf eine Auseinandersetzung mit dem Zessionar .....	164
V. Fehlender Schutz des Beklagten vor erneuter Klage des Klägers .....	165
1. Problemstellung .....	165
2. Keine Kompensation über analoge Anwendung des § 409 BGB .....	166
VI. Die Aushebelung der Rechtskraft durch die Relevanztheorie ...	167
VII. Der Verstoß gegen das Recht des Dritten auf rechtliches Gehör .....	169
1. Überschießender Eingriff in das Recht des Dritten .....	169
2. Begründungen zur Verfassungsmäßigkeit von § 265 ZPO auf der Grundlage der Relevanztheorie unzureichend .....	171
VIII. Keine funktionierende Haftung des Veräußerers gegenüber dem Erwerber .....	174
1. Haftung bei Anwendung der Irrelevanztheorie .....	174
2. Haftung des Veräußerers unter Geltung der Relevanztheorie weniger effektiv .....	175
a) Haftung wegen Nichtbestehens des veräußerten Rechts problematisch .....	175
b) Haftung bei „Wegprozessieren“ des Drittrechts problematisch .....	177
IX. Ergebnis .....	178
C. Die zutreffende Lösung: Anwendung der Irrelevanztheorie .....	178
I. Die Untauglichkeit der gesetzlichen Prozessstandschaft als Erklärung für die Irrelevanz der Veräußerung .....	179
II. Sachgerechte Lösung durch die Ausklammerung des Erwerbsvorgangs .....	180
1. Urteil nicht „sachlich falsch“ .....	181
2. Prozessual fingierte Aktivlegitimation des Klägers kein Nachteil .....	181
3. Vollstreckungstitel zugunsten des Klägers kein Nachteil ....	182
4. Die Alternative zur Irrelevanztheorie: Beschränkung auf ein Feststellungsurteil .....	183
III. Die Anwendung der Irrelevanztheorie bei Veräußerung der streitbefangenen Sache durch den Beklagten .....	184
D. Irrelevanztheorie auch bei Abschluss eines Prozessvergleichs durch den Veräußerer zwingend .....	186
I. Die Auffassung der herrschenden Meinung .....	187
II. Stellungnahme .....	188
1. Wünschenswertes Ergebnis mit der Relevanztheorie inkompatibel .....	188

2. Wünschenswertes Ergebnis mit der Irrelevanztheorie unkompliziert zu erreichen .....	192
a) Rechtliches Gehör und Beteiligung des Dritten .....	192
b) Keine gesonderte Ermächtigung des Dritten erforderlich ..	192
E. Irrelevanztheorie auch bei verdeckter Veräußerung der streitbefangenen Sache überlegen .....	193
I. Die herrschende Meinung: Keine Erstreckung der Rechtskraft auf die Frage Aktivlegitimation .....	193
1. Herrschende Meinung dogmatisch nicht überzeugend .....	194
2. Standpunkt der herrschenden Auffassung aus Gründen des Schuldnerschutzes nicht tragbar .....	195
a) Keine Lösung über die Vollstreckungsgegenklage nach § 767 ZPO möglich .....	195
b) Keine Lösung über eine Hinterlegung möglich .....	197
II. Lösung über die Anwendung der Irrelevanztheorie .....	199
III. Lösung über Erstreckung der Rechtskraft auf die Aktivlegitimation .....	199
IV. Exkurs: Schuldnerschutz bei Abtretung vor Rechtshängigkeit ..	201
1. Die herrschende Meinung: Keine Rechtskrafterstreckung nach § 407 Abs. 2 BGB auf die Aktivlegitimation des Zedenten .....	202
2. Die zutreffende Auffassung: § 407 Abs. 2 BGB stellt die Aktivlegitimation des Zedenten zulasten des Zessionars fest ..	203
a) Die Vorteile dieser Auffassung .....	204
b) Die fehlende Überzeugungskraft der Gegenargumente ...	204
aa) Das Missverständnis über die Anwendung des § 407 Abs. 2 BGB zulasten des Schuldners .....	204
bb) Rückkehr zur materiellrechtlichen Rechtskrafttheorie	205
V. Ergebnis .....	206
F. Die Konzeption von <i>Stamm</i> .....	206
I. Die Funktionsweise der Konzeption .....	207
1. Veräußerung auf Klägerseite .....	207
2. Veräußerung auf Beklagtenseite .....	208
II. Kritik .....	208
1. Sachwidrige Benachteiligung des Beklagten bei Kenntnis der Veräußerung .....	208
a) Abwälzung der prozessualen Last auf den Beklagten unangemessen .....	209
b) Streitverkündung versagt als Mittel zur Herstellung der Drittbindung .....	209
c) Streitverkündung mitunter gar nicht möglich .....	211
d) Schutzmechanismus versagt vollständig bei fehlender Erledigungserklärung des Klägers .....	211

2. Aushöhlung des gutgläubigen Erwerbs .....	211
3. Wegfall der Drittbindung auch bei Veräußerung durch den Beklagten nicht sinnvoll .....	212
G. Zusammenfassung Kapitel 3 .....	213
<i>Kapitel 4: Die Streitverkündung</i> .....	215
A. Einführung .....	215
B. Asymmetrische Interventionswirkung zulasten des Streitverkündungsempfängers sachwidrig .....	219
I. Die unangemessene Benachteiligung des Streitverkündungsempfängers .....	223
II. Die sachwidrige Besserstellung der Hauptpartei .....	227
III. Die fehlende Überzeugungskraft der Gegenargumente .....	227
C. Unangemessene Benachteiligung des Streitverkündungsempfängers in Bezug auf Rechtsmittel und Rechtsmittelfristen .....	229
D. Die sachwidrige Benachteiligung des Streitverkündungsempfängers in Bezug auf die Prozesskosten .....	232
I. Problemstellung .....	232
II. Konsequenzen und rechtspolitische Empfehlung .....	235
E. Die rechtspolitische Alternative zur Streitverkündung .....	236
F. Interventionswirkung auch zwischen Streitverkündungsempfänger und Prozessgegner geboten .....	239
I. Sachwidrige Ergebnisse im Hinblick auf die Verfahrensökonomie und den Schutz des siegreichen Prozessbeteiligten .....	240
II. Sachwidrige Benachteiligung des Streitverkündungsempfängers	244
III. Ergebnis .....	245
G. Der zutreffende objektive Umfang der Interventionswirkung .....	246
I. Einschränkungen der Bindungswirkung gegenüber dem Streitverkündungsempfänger .....	246
II. Wirkung zugunsten des Streitverkündungsempfängers trotz fehlender Interventionswirkung zu seinen Lasten? .....	248
1. Meinungsstand .....	249
2. Interventionswirkung zugunsten des Streithelfers sinnvoll ...	250
H. Zusammenfassung Kapitel 4 .....	251

Teil 2: Die grundsätzliche Neubestimmung der subjektiven Rechtskraftgrenzen: Einseitige Rechtskraftwirkung zugunsten Dritter .....	255
--	-----

<i>Kapitel 5: Drittwirkung der Rechtskraft außerhalb der gesetzlich geregelten Fälle</i> .....	257
A. Einführung .....	257
B. Die Irrelevanz des Wesens der Rechtskraft .....	258
I. Urteilsinhalt kann stets nur „materielles Sonderrecht“ sein .....	261
II. Reichweite der Bindungswirkung entscheidendes Kriterium .....	264
1. Keine praktischen Unterschiede bei Anerkennung einer beschränkten prozessualen Drittwirkung .....	265
2. Wesen der Rechtskraft auch bei anderweitiger Bestimmung der Drittbindung unerheblich .....	267
III. Ergebnis .....	268
C. Meinungsstand und Lehren zur Drittbindung .....	269
I. Die Lehre von der Drittwirkung der Rechtskraft .....	269
II. Die Lehre von der Rechtskrafterstreckung kraft Abhängigkeit ..	272
III. Die herrschende Meinung zur Drittwirkung der Rechtskraft ..	274
D. Der zutreffende Ansatz: Einseitige Rechtskraftwirkung zugunsten Dritter .....	278
I. Lehre von der Drittwirkung der Rechtskraft nicht überzeugend ..	278
II. Keine Rechtskrafterstreckung allein aufgrund materiellrechtlicher Dispositionsbefugnis .....	281
III. Einseitige Rechtskraftwirkung zugunsten Dritter sachgerecht ..	282
1. Vereinbarkeit mit der Ratio des § 325 Abs. 1 ZPO .....	283
a) Gesetzgeber ging von inter-partes-Wirkung aus .....	283
b) Rechtskrafterstreckung zugunsten Dritter gleichwohl mit § 325 Abs. 1 ZPO vereinbar .....	284
2. Rechtskrafterstreckung zugunsten Dritter sachlich geboten ..	285
3. Unteilbarkeit und Unwiderruflichkeit der Berufung auf die Rechtskraft .....	288
4. Fortgang der Untersuchung .....	288
E. Rechtskraftwirkung zugunsten des Dritten bei der Bürgschaft .....	288
I. Einseitige Rechtskrafterstreckung zugunsten des Bürgen sachgerecht .....	288
II. Die unzutreffende Begründung seitens der herrschenden Meinung .....	291
1. Entgegenstehende Rechtskraft keine Einrede .....	292
2. Extensive Auslegung des § 768 Abs. 1 S. 1 BGB erforderlich ..	295
3. Lösung über § 768 Abs. 1 S. 1 BGB suggeriert Unterschied zu nichtakzessorischen Sicherungsrechten .....	296
4. Lösung über § 768 Abs. 1 S. 1 BGB fehleranfällig .....	296

a)	Die Entscheidung des BGH .....	297
b)	BGH verkennt die Auswirkung einer fehlenden Drittwirkung .....	297
c)	Zutreffende Lösung bei konsequenter Berücksichtigung der fehlenden Rechtskrafterstreckung unproblematisch möglich .....	299
aa)	Keine Drittwirkung bei Anwendung des § 768 Abs. 1 S. 1 BGB .....	299
bb)	Keine Drittwirkung nach § 197 Abs. 1 Nr. 3 BGB ....	299
cc)	Keine Unterschiede bei Anwendung der materiellrechtlichen Rechtskrafttheorie .....	300
III.	Ergebnis .....	301
F.	Rechtskraftwirkung zugunsten Dritter bei sonstigen akzessorischen und nichtakzessorischen Sicherheiten .....	301
I.	Akzessorische Sicherheiten .....	301
II.	Nichtakzessorische Sicherheiten .....	303
G.	Rechtskraftwirkung zugunsten Dritter bei Urteilen über das Bestehen des Hauptmietvertrages .....	305
I.	Problemstellung .....	305
II.	Meinungsstand .....	306
III.	Stellungnahme .....	308
1.	Keine Rechtskraft zwischen Vermieter und Mieter zulasten des Mieters .....	309
2.	Rechtskraft zwischen Vermieter und Mieter zugunsten des Mieters .....	311
a)	Rechtskraftwirkung schon nach allgemeinen Erwägungen geboten .....	311
b)	Rechtskraftwirkung zur Vermeidung eines „Herausgabekarussells“ geboten .....	311
c)	Rechtskraftwirkung zum Schutz des siegreichen Hauptmieters zwingend .....	312
d)	Argumentation des BGH nicht stichhaltig .....	313
IV.	Ergebnis .....	314
H.	Rechtskraftwirkung zugunsten Dritter bei Urteilen über absolute Rechte .....	314
I.	Die fehlende Schutzwürdigkeit der unterlegenen Partei .....	314
II.	Die Schutzwürdigkeit des Dritten .....	316
III.	Das „Herausgabekarussell“ .....	316
1.	Sachwidriges Ergebnis auf der Grundlage der herrschenden Meinung .....	317
2.	Sachgerechte Lösung durch einseitige Rechtskrafterstreckung zugunsten Dritter .....	317
IV.	Die Rechtsstellung der verurteilten Partei .....	318

1. Die Schutzwürdigkeit der im Erstprozess unterlegenen Partei .....	320
2. Die fehlende Schutzwürdigkeit der im Zweitprozess unterlegenen Partei .....	321
V. Ergebnis .....	322
I. Zusammenfassung Kapitel 5 .....	323
<i>Kapitel 6: Drittwirkung der Rechtskraft und kollektiver Rechtsschutz ....</i>	<i>325</i>
A. Einführung .....	325
B. Frühes Opt-In mit Nachteilen verbunden .....	329
I. Umfassende Verfahrens- und Beteiligungsrechte der Verbraucher impraktikabel .....	329
II. Frühes Opt-In ohne Verfahrensrechte unzumutbar .....	330
1. Bedenken im Hinblick auf das rechtliche Gehör der Verbraucher .....	331
2. Frühes Opt-In ohne Beteiligungsrechte jedenfalls keine zweckmäßige Schließung der Rechtsschutzlücke .....	333
III. Weitere Argumente gegen ein frühes Opt-In .....	334
1. Konflikt zwischen effizientem Verfahren und rechtlichem Gehör bleibt .....	334
2. Nur geringe Einsparung von Einzelklagen .....	335
3. Zusätzlicher bürokratischer Aufwand im Hinblick auf ein frühes Opt-In .....	336
4. Zusätzlicher prozessualer Aufwand im Hinblick auf spätere Haftungsprozesse .....	337
IV. Ergebnis .....	337
C. Spätes Opt-In der Verbraucher möglich und vorzugswürdig .....	338
I. Asymmetrisches Prozessrisiko zwischen Unternehmer und Verbraucher .....	338
1. Keine Begrenzung durch den Inhalt der rechtskräftigen Feststellung .....	339
2. Asymmetrische Rollenverteilung festgelegt .....	340
II. Spätes Opt-In gleichwohl vorzugswürdig .....	340
III. Ergebnis .....	343
D. Einseitige Bindungswirkung zugunsten des Verbrauchers in späteren Einzelklageverfahren möglich .....	343
E. Einseitig begünstigende Wirkung auch bei Urteilen im Einzelklageverfahren? .....	346
I. Unbegrenzte einseitige Bindung des Unternehmers unangemessen .....	347
II. Einmalige Erweiterung der Feststellungsziele diskutabel .....	347
III. Praktische Hürden und praktisches Bedürfnis .....	348
F. Zusammenfassung Kapitel 6 .....	349

Zusammenfassung in Thesen .....	353
A. Einzelrechtsnachfolge nach § 325 Abs. 1 Var. 2 ZPO .....	353
B. Gutgläubiger Erwerb (§ 325 Abs. 2 ZPO) .....	354
C. Veräußerung der streitbefangenen Sache (§§ 265, 325 ZPO) .....	355
D. Streitverkündung .....	356
E. Drittwirkung der Rechtskraft .....	358
F. Kollektiver Rechtsschutz .....	359
 Literaturverzeichnis .....	 363
Sachregister .....	417